

Trupps. Und wenn General Ludendorff jetzt die Mahnung an seine Parteifreunde gerichtet hat, jede Gewalttätigkeit im Wahlkampf zu vermeiden, so soll niemand den Pbarisier spielen und loschreiben, daß diese Mahnung gerade auf dieser Seite sehr notwendig sei. Sie sitzen alle im Glashaus und haben sich wirklich nicht viel vorzuwerfen. Und eine Milderung des landesüblich Gewordenen könnte keiner Partei etwas schaden. Druck erzeugt noch immer Gegendruck, und der Haß, den man predigt, das Kampfgeschrei, das gellend aus dem Mund der Redner bricht, findet sein Echo im Haß und Kampfgeschrei der Gegner.

Stoß der Geist des deutschen Volkes verhäßt dabei trauernd das Haupt. Wenn all die Arbeit, die man zur Spaltung des Volkes in sich erbittert gegenüberstehenden Parteien verwendet, endlich einmal dazu einsegen wolle, es über seine wahren Fehlschritte aufzuklären und es zum Kampf gegen diese zu einen, dann wäre es besser um uns und vor allem um unsere Jugend bestellt. Aber der Geist des „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ ist eben dahin, und es wird wohl einer noch viel gewaltigeren Erziehungsarbeit unseres Volkes durch das Schicksal bedürfen, bis eine Abnung jenes Geistes wieder unser Reich durchzieht.

#### Polizeiliche Untersuchung in Buda.

Berlin, 22. April. In dem blutigen Zusammenstoß radikaler Jugendbünde in Buda erzählt man, daß nach den bisherigen amtlichen Feststellungen, an denen die Berliner politische Polizei beteiligt ist, die Kommunisten mit den Streitigkeiten angefangen haben, aus denen sich dann die Schlägerei entwickelte. Die Kommunisten waren in der Überzahl. Beide Parteien gingen mit Messern aufeinander los. Der Vahindertrag aus Charlottenburg wurde erschossen, sein Freund Wolf, ebenfalls aus Charlottenburg, wurde verletzt. Ein Mitglied des kommunistischen Jugendbundes wurde erheblich verletzt. Die Polizei nahm fünf Kommunisten fest, entließ sie aber wieder, da sie nicht die eigentlichen Täter sind.

### Poincares Widerstreben.

Eine Note an die Alliierten.

Der französische Ministerpräsident hat an den Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou einen Brief gerichtet, der gleichsam als offizielles Programm der Regierung zu dem Gutachten der Sachverständigen zu betrachten ist. Der Brief wurde amtlich noch nicht veröffentlicht, ist aber in seinen Grundzügen bekannt.

Poincaré stellt sich auf den Standpunkt, daß die politischen Verhandlungen (also die über die Herstellung des früheren Zustandes im Ruhrgebiet usw.) erst zu führen wären, wenn die wirtschaftlichen Vorschläge der Sachverständigen von Deutschland in Wirklichkeit umgesetzt worden sind. Gleichzeitigkeit der politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen würde die französische Regierung ablehnen.

Nach anderen, einseitigen noch nicht kontrollierten, Pariser Presseäußerungen weiß Poincaré die Reparationskommission sogar darauf hin, daß sie ihre Aufgabe noch nicht beendet habe. Es genüge nicht, den Sachverständigenbericht gutzuheißen und die zukünftigen Aufgaben einfach unter das Deutsche Reich und die Alliierten zu verteilen, indem man dem ersteren sagt, es solle die notwendigen Gesetze annehmen, und den anderen anrat, sich über die ihnen zuzuschendenden Maßnahmen zu einigen. Von der französischen Regierung werde der bereits früher vertretene Standpunkt beibehalten, daß normalerweise die Reparationskommission zunächst auf der Grundlage der Sachverständigenberichte einen neuen Zahlungsplan aufzustellen habe, der Deutschland übermitteln werden müßte unter Angabe seiner Verpflichtungen und unter gleichzeitiger Mitteilung an die alliierten Regierungen unter Hinweis auf die Fragen, die sie nunmehr selber erledigen können.

Mit einem Wort, Poincaré sucht neue Schwierigkeiten, und auch die Nachricht, daß Poincaré eine neue Note an die Alliierten gerichtet habe oder im Augenblick richten will, ist nicht geeignet, die Meinung zu erschüttern, Frankreich gedente nach wie vor, trotz aller Sachverständigen Gutachten, den rücksichtslosen Krieg gegen Deutschland weiterzuführen.

### Abkommen über die Rheinschiffahrt.

Berlin, 22. April.

Die seit Monaten zwischen der deutschen, französischen und belgischen Regierung schwebenden Verhandlungen über die für diese beiden Staaten in Auftrag gegebenen Binnenschiffneubauten im Zusammenhang mit einer Freigabe des von Frankreich in großem Umfang beschlagnahmten Rheinschiffraums sind nunmehr zum Abschluß gebracht worden.

Die Rheinschiffahrt muß, um die Freiheit ihres Betriebes zu sichern, wiederum 4 Rheinraddampfer neuesten Typs und 11 Röhre der Alliierten zu Eigentum überlassen. Die im unbesetzten Gebiet hergestellten Schiffneubauten werden an Frankreich sobald als möglich abgeliefert, während die auf rheinischen Schiffswerften liegenden Neubauten nur zu einem Teil fertiggestellt werden. Zugleich mit dem Abkommen zwischen den Regierungen hat eine Gruppe der größeren Kohlenreedereien mit der französisch-belgischen Transportkommission eine Regelung über die Reparationskohlentransporte getroffen, die den beteiligten Reedereien bei teilweiser Übernahme der Transportkosten die freie Verfügung über ihren Schiffsraum gibt. Das Abkommen legt der Rheinschiffahrt neue schwere Lasten auf.

### 23 Reichswahlvorschläge zugelassen

Berlin, 22. April.

Der Reichswahlprüfungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung 23 Reichswahlvorschläge zugelassen, nämlich von folgenden Wählergruppen: Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationalistische Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Kommunistische Partei, Bayerische Volkspartei, Kommunistische Partei Deutschlands (unter der Bezeichnung Liste der Kommunisten), Bayerischer Bauernbund, Deutschösterreichische Freiheitspartei und Nationalsozialistische Arbeiterpartei (unter der Bezeichnung Vereinigte Liste der Deutschösterreichischen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei), Deutsch-Hannoversche Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Bund der Frauen, Christlich-Soziale Volksgemeinschaft, Deutsche Arbeiterpartei, Deutschsozialistische Partei, Freiwirtschaftsbund F. F. F.

Häuser-Bund, Nationalliberale Vereinigung (unter der Bezeichnung Landliste), Mieterschutz und Bodenrecht (unter der Bezeichnung Partei der Mieter), Nationale Freiheitspartei, Nationale Minderheiten Deutschlands, Republikanische Partei Deutschlands, Sozialistischer Bund. — Nicht zugelassen wurden, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt waren, die Reichswahlvorschläge folgender Wählergruppen: Parteilose Wirtschaftsgemeinschaft, Bayerischer Mittelstandsbund, Freiwirtschaftsbund F. F. F. (in der aus Neuruppin verspätet eingereichten Fassung), Deutscher Staatsbürgerbund.

### Vom Wahlkampf.

Aus allen Parteien.

Tragen des besetzten Gebietes sollen außerhalb des Parteikampfes bleiben. Der Wahlausschuss für Rhein, Saar und Ruhr erläßt einen Aufruf, in dem aufs neue gebeten wird, die Tragen der besetzten Gebiete möglichst aus dem Parteikampf herauszulassen. Der Aufruf sagt u. a.: „Die gegenpolitischen Verhältnisse sowie die Lage im besetzten Gebiet erheischen dringend, daß bis zum Ende des Wahlkampfes in dem Besetzen angehalten wird, das Rheinland aus dem Parteikampf herauszulassen. Dort am Rhein und an der Ruhr ist die Volksgemeinschaft, die sozial gerechtere, zur Wirklichkeit geworden. Kein Haß der Konfessionen, kein Haß der Parteien, kein Klassenkampf verdrängt das Gefühl der unaufheblichen Verbundenheit mit dem Reich. Dieses rheinische Vorbild ruft euch zu: Denkt daran, daß auch die Treue des besetzten Gebietes zur Rechtfertigung verpflichtet. Seid einig, einig, einig!“

Nationalliberale Vereinigung. Die Nationalliberale Vereinigung in Berlin teilt mit: Die Ortsgruppe Belten der Deutschen Volkspartei ist geschlossen zur Nationalliberalen Vereinigung übergetreten. In Hermsdorf hat sich eine Ortsgruppe der Nationalliberalen Vereinigung gebildet. Der Reichstagsabgeordnete Friedrich Doeberich (Domäne Buchenhof) ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten.

Ein Vertreter der Jugend. Als Vertreter der Sonderinteressen der Jugend aller Parteien hat die Nationalliberale Vereinigung den Vorsitzenden des Reichsbundes deutscher Referendare, Kessel, als Reichstagslandtagsanwärter aufgestellt.

### Politische Rundschau

#### Unberechtigte Steuernotverordnungen.

Nachdem der Reichsfinanzhof ein Gutachten dahin abgegeben hatte, daß die Finanzämter berechtigt seien, auch nach der Festsetzung der Abschlußabteilung Nachveranlagungen vorzunehmen, hatten viele Finanzämter von diesem Recht in großem Umfang, aber ohne stichhaltigen Grund Gebrauch gemacht. Der Reichsfinanzminister macht dieser Unzulässigkeit ein Ende, indem er in einem Erlass darauf hinweist, daß eine derartige Nachveranlagung nur dann statfinden soll, wenn besonders seltene Summen in Betracht kommen.

#### Dr. Heinze für Aufwertung.

Der frühere Reichsjustizminister Dr. Heinze, der immer einer der heftigsten Gegner in der Aufwertungsfrage war, hat in einer Lössener Versammlung ausdrücklich erklärt, daß er sich in der Aufwertungsfrage vom Reichstagsabgeordneten Dr. Düringer, dem bekanntesten Vorkämpfer der Aufwertung habe bekehren lassen. Dr. Heinze will nicht nur für die Aufwertung der noch nicht gelöschten Hypotheken eintreten, sondern auch für die der gelöschten.

#### „Begnädigte“ Schuttpolizeibeamte.

Zum Osterfest sind auf Befehl des kommandierenden Generals in Düsseldorf von den im Dezember wegen der Vorgänge am Düsseldorf-Sondergebäude verurteilten Mitgliedern der früheren Düsseldorf Schuttpolizei sechs begnadigt worden. Sie mußten jedoch am Montag das besetzte Gebiet verlassen. Vier Polizeibeamte befinden sich noch im Gefängnis.

#### Französisches Kriegsgerichtsurteil.

Essen, 22. April. Von dem französischen Kriegsgericht wurden fünf junge Dortmunder Bürger zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Vier von ihnen befanden sich schon seit dem 6. September in Untersuchungshaft. An diesem Tage hatten sie sich auf telephonischen Anruf hin nach Mülheim begeben, um bei einem kommunistischen Streik Wochendienste zu leisten. Beim Eintreffen am Mülheimer Bahnhof fand ihre Verhaftung durch französische Kriminalpolizei statt. Es wurde ihnen die Zugehörigkeit zum Bund Oberland vorgeworfen.

#### Barthou bei Poincaré.

Paris, 22. April. Poincaré hat heute den Präsidenten der Reparationskommission Barthou empfangen und eine wichtige Unterredung mit ihm gehabt. Den Verhandlungen wohnten der Direktor und der Unterdirektor des Ministeriums des Auswärtigen, sowie Mankre und der intime Mitarbeiter Marcus bei der Reparationskommission. Über den Inhalt der Unterredung wurde nichts bekannt gegeben. Man glaubt, daß der französische Ministerpräsident Barthou Informationen erteilt hat bezüglich der Garantien, die Frankreich für den Fall von Verschleppungen deutscherseits in der Hand behalten will.

#### Jugoslawiens Absage an Frankreich.

Paris, 22. April. Die vereinigten franko-rumänischen Bemühungen, Jugoslawien zum Abschluß eines Sonderabkommens mit Rumänien zu bewegen, sind, wie aus einem Telegramm aus Belgrad deutlich hervorgeht, definitiv gescheitert. Der rumänische Außenminister Deugas hat sich von Paris aus in Belgrad über die Möglichkeit eines Bündnisvertrages erkundigt und zunächst eine ausweichende aber im Grunde ablehnende Antwort erhalten. Dem Ratin zufolge gibt man in offiziellen serbischen Kreisen offen zu verstehen, daß Jugoslawien nie und nimmer ein Bündnis mit Rumänien gegen Rußland schließen werde. Den Standpunkt der Belgrader Regierung bringt das offizielle Nachrichtenblatt Belgradski Novosti in unzweideutiger Weise zum Ausdruck. Jugoslawien, so schreibt das Blatt, könne in der beabsichtigten Frage weder ein militärisches noch ein politisches Bündnis eingehen. Diese Auffassung sei bisher offizieller Kreise hat in Paris große Enttäuschung hervorgerufen. Man hat angeblickt, wie der Belgrader Korrespondent des Matin behauptet, in Paris dochschon, mit der Unterzeichnung des franko-rumänischen Bündnisses zu warten, bis

bindende Zusagen aus Belgrad eingetroffen seien. Ganz offenbar hat die französische Diplomatie eine schwere Schlappe erlitten.

### Ratifizierung des deutsch-türkischen Vertrages.

Rom, 22. April. Die Nationalversammlung in Angora ratifizierte einstimmig den deutsch-türkischen Vertrag.

#### Italien.

Mussolini schränkt die Adelsliste ein. Mussolini hat eine Verordnung über die Führung der Adelsliste erlassen, durch die zwei Drittel der Mitglieder der italienischen Aristokratie gezwungen werden, sich mit den einfachen Familiennamen zu begnügen. Namentlich werden alle seit 1870 vertriebenen päpstlichen Adelsfamilien für ungültig erklärt. Zu Verhandlungen werden mit schweren Geldstrafen geahndet.

### Kurze politische Mitteilungen

#### Bodenreform und Reichstagswahl.

Berlin, 22. April. Gegenüber irreführenden Meldungen erklärt Dr. Damaschke, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Bodenreformer, daß alle Mitteilungen über eigene Wahlkämpfe der Bodenreformer für die Reichstagswahlen unrichtig sind. Wenn eine neue Partei ihrem Namen die Bezeichnung Bodenreform zugefügt hat, so ist das geschehen ohne jede Rücksichtnahme mit der organisierten deutschen Bodenreformbewegung.

#### Wiener Arbeiterkongress.

Sodann, 22. April. Am 1. Juni tritt in Wien das internationale Bergarbeiterkongress erneut zu einer Sitzung zusammen, um sich vor allem mit der Vorbereitung des Bergarbeiterkongresses in Prag zu beschäftigen. Zur gleichen Zeit findet in Wien der internationale Gewerkschaftskongress (Amsterdamer) statt, wo auch das Exekutivkomitee der Arbeiterinternationalen (London) eine Zusammenkunft abhält.

#### Streik in der Bielefelder Wäscheindustrie.

Bielefeld, 22. April. Die Zuschneider und Näherinnen der Bielefelder Herrenscheidindustrie sind in den Streik getreten. Ursache der Bewegung sind Unstimmigkeiten betreffs der Länge der Arbeitszeit, der Höhe des Lohnes und der Frage der Beurlaubung.

#### Schwindelunternehmungen im besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 22. April. Unter der Wirkung der außerordentlichen Kreditnot ist eine neue Gattung von Schwindeln entstanden. Nachdem bereits ein schwindelhafter deutsch-niederländischer Paradies- und Hypotheken-Konzern entsetzt wurde und vor kurzem im Rheinland die Verhaftung der Leiter eines „Deutsch-Schweizerischen Hypothekvermittlungsinstituts“ erfolgte, sind jetzt Hamburger und Berliner Kriminalbehörden einer außerordentlich raffiniert arbeitenden Hypothekenschwindelgesellschaft im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet auf die Spur gekommen.

#### Fortgesetzter Streik auf den Seeschiffswerften.

Hamburg, 22. April. In einer Versammlung der Arbeiter der Seeschiffswerften, die heute vormittag im Gewerkschaftshaus stattfand, wurde einstimmig beschlossen, entsprechend der Empfehlung der Vertrauensleute, die Aufnahme der Arbeit abzulehnen und den Streik fortzusetzen.

### Aus unserer Heimat

Wilsdruff-Dresden, am 23. April 1924.

#### Merkblatt für den 24. April.

Sonnenanfang	4 <sup>14</sup>	Mondanfang	12 <sup>3</sup>
Sonnenuntergang	7 <sup>12</sup>	Monduntergang	8 <sup>42</sup>

1796 Dichter Karl Zimmermann geb. — 1877 Kriegserklärung an die Türkei. — 1891 Generalleutnant Graf Wolff geb. — 1920 Bildung des Staates Thüringen. — 1923 Anschluss Koburg an Bayern. — 1923 Ehemaliger Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar geb.

#### Erwartungen.

Junge Menschen hegen große Erwartungen. Ihre Einsicht und ihre Erfahrungen sind aber begrenzt als die der älteren, und deshalb kennen sie die Schwierigkeiten und Hindernisse nicht, die sich den Wünschen, den Hoffnungen und Erwartungen entgegenstellen. Es gibt aber auch ältere Leute, die im voraus viel mehr sehen, als zu erreichen ist. Ganz allgemein genommen: Die Erwartungen beleben die Menschen, sie überflügeln sie und geben ihnen Kraft zur Durchführung vieler Dinge. Wenn nicht mehr erwartet werden würde, als später zu erhalten ist, so würde vieles ungeschehen bleiben. Es ist deshalb auch nicht angebracht, zu sehr den Finger in die Höhe zu nehmen, wenn sich jemand etwas viel von einer Sache verspricht. Taugt die Sache etwas, die unternommen wird (und nur darauf ist zu sehen), dann ist es schon gut, wenn sie mit Begeisterung aufgenommen wird. In sich gefestigte Menschen werden nicht wehleidig und prallen nicht zurück, wenn die Erwartungen nicht ganz eintreffen. Schließlich bringt jede Veräußerung auch neue Ein- und Ausblicke, und das ist ein Ausgleich für das, was an dem Ergebnis der Erwartungen vielleicht gefehlt hat. In allem gehört Mut, und der Mut muß angelegt werden. Die Erwartungen machen Mut und bewirken Ausdauer. Wer allerdings glaubt, ohne Mühe und Arbeit viel erreichen zu können, der tritt, wer eine Handvoll Weizen sät, ermet damit keine Tomat Weizen. Aber spannte Erwartungen lähmen die Tapferkeit. Menschen, die schwer enttäuscht wurden, trauen sich auch oft nicht mehr das zu, was sie wirklich leisten oder erreichen könnten. In übermäßigen Erwartungen steckt eine große Gefahr, aber allzu ängstlich wegen der Folgen der etwaigen Enttäuschungen sein, ist auch nicht angebracht. Aus ihnen soll gelernt werden, wie man es besser macht, in welcher Weise man künftigen Enttäuschungen vorbeugen kann. Immer ist nach dem Möglichen Ausschau zu halten und zu ermitteln, wie das Mögliche möglich gemacht werden kann.

Winter und sein Ende. Brachte uns schon der dritte Ostertag Kälte, Sturm und Schnee, der allerdings bald zu Wasser wurde, so fanden wir heute früh, daß Frau Polle in verflorener Nacht wieder reichlich aus ihrem Bett ausgestreut hatte. Und wir stehen doch im Zeichen des Frühlings. Wie spät wir in der Jahreszeit nachhinken geht daraus hervor, daß in anderen Jahren wiederholt schon am 23. April die Kirichen im Hohen Grunde in Blüte standen. Das fallende Barometer läßt auch nicht auf ein kühleres Wetter schließen. Offenlich ist es ein